

ANHANG I**Allgemeines Arbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen im Energie- und Verkehrssektor für 2004**

Die in diesem Arbeitsprogramm genannten Beträge beziehen sich auf den Haushalt der Kommission für 2004, insbesondere auf die angefragten Mittel für die auf 25 Mitgliedstaaten erweiterte Union.

Dieses Arbeitsprogramm ist in drei Teile unterteilt:

- A. Arbeitsprogramm für die ohne Basisrechtsakt aufgrund von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen
- B. Arbeitsprogramm für die ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen, deren Zuweisung Gegenstand eines späteren Beschlusses ist
- C. Arbeitsprogramm für die aufgrund eines Basisrechtsakts zu gewährenden Finanzhilfen für spezifische Programme im Energie- und Verkehrssektor und aufgrund von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen
 - Programm „Marco Polo“,
 - transeuropäische Verkehrs- und Energienetze,
 - Programm „Intelligente Energie für Europa“,
 - bestimmte Maßnahmen des 6. Forschungsrahmenprogramms.

A. OHNE BASISRECHTSAKT IM RAHMEN EINER AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN**A.1. Haushaltslinie: 06 01 02 11 02 (Ausgaben für Konferenzen und Sitzungen)*****Rechtsgrundlage:***

Verwaltungsausgaben der Kommission

Ziel(e):

- Unterstützung der Organisation von Konferenzen von europäischem Interesse im Bereich Energie und Verkehr

Erwartete Ergebnisse:

- Austausch von Erfahrungen und Überlegungen zu den Themen der Kommissionspolitik
- Nutzung der Kommissionsarbeiten, insbesondere operationeller Maßnahmen, Forschungsvorhaben und Legislativinitiativen

Für 2004 vorgeschlagene Hauptthemen	<p>Konferenzen von europäischem Interesse im Rahmen der erweiterten Europäischen Union im Bereich Energie und Verkehr und insbesondere im Zusammenhang mit folgenden politischen Prioritäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sicherheit bei Energie und Verkehr - Sicherheit des Seeverkehrs - transeuropäische Verkehrsnetze und Tarifierung der Infrastruktur - Energieinfrastruktur: Versorgungssicherheit in der Union - bessere Energienutzung in der Union - Weiterentwicklung des Schienenverkehrs (Güter- und Personenverkehr) - Kernenergie: Nichtverbreitung, kerntechnische Sicherheit und Sicherheitsüberwachung - GALILEO.
-------------------------------------	---

Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen	Februar 2004
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> – Finanzielle Befähigung des Antragstellers: Der Antragsteller hat seine juristische Existenz, seine Rechtspersönlichkeit sowie seine finanzielle und betriebliche Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen. – Technische Befähigung des Antragstellers: Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem betreffenden Thema.
Hauptzuschlagskriterien	<ul style="list-style-type: none"> – Qualität des vorgeschlagenen Ansatzes: Bewertung der eingesetzten Mittel zur Durchführung der Konferenz, wie Methodik der Kontaktaufnahme, Sachverstand des Organisators, räumliche und zeitliche Strukturierung der Veranstaltung, Zeit für Diskussionen usw. – Europäische Dimension: Das Thema muss von der Kommission festgelegten politischen Zielen entsprechen, von europäischem Interesse sein und mehrere EU-Mitgliedstaaten betreffen. Die Vortragenden und das Zielpublikum müssen aus verschiedenen Mitgliedstaaten und eventuell Drittstaaten kommen. – Zusätzlicher Nutzen: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur Energie- und Verkehrspolitik leisten und diesbezüglich einen zusätzlichen Nutzen stiften kann. – Zielgruppe: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die geplante Konferenz die ins Auge gefasste Zielgruppe erreicht und der angestrebte Multiplikatoreffekt erzielt werden kann. – Sichtbarkeit: Aus der Argumentation des Antragstellers sollte genau hervorgehen, welche Mittel zur Verbreitung der Informationen in drei Phasen genutzt werden: vor, während und nach der Konferenz. – Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe). – Aufteilung: Die Kommission wird auf eine ausgeglichene Aufteilung der Konferenzen zwischen dem Energiebereich und dem Verkehrsbereich achten.
Finanzierungssatz	höchstens 30 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme
Mittelansatz	250.000 €

A.2. Haushaltslinie 06 02 03 01 (Verkehrssicherheit)

Rechtsgrundlage:

Aufgabe, die sich aus den Vorrechten der Kommission auf institutioneller Ebene ergibt wie in Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften vorgesehen

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 71, 80 und 154 bis 156

Ziel(e):

Allgemein die Sammlung und Aufbereitung von Informationen aller Art, die für die Analyse, Festlegung, Förderung, Nachverfolgung, Bewertung und Umsetzung der zur Stärkung der Sicherheit im Land-, Luft- und Seeverkehr ohne unverhältnismäßige Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Effizienz dieser Verkehrsträger nötigen Maßnahmen und Regelungen sowie deren Ausweitung auf Drittländer erforderlich sind

- 1) Im Rahmen der Mitteilung KOM(2003) 311 der Kommission „Europäisches Aktionsprogramm für die Straßenverkehrssicherheit – Halbierung der Zahl der Unfallopfer im Straßenverkehr in der Europäischen Union bis 2010: eine gemeinsame Aufgabe“ Stärkung der Straßenverkehrssicherheit in der Europäischen Union, in den Beitrittsländern und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Studien, Kampagnen, Ermittlung vorbildlicher Praktiken und Demonstrationsprojekte in folgenden Bereichen:
 - Verhalten der Verkehrsteilnehmer, insbesondere zu Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung von Verkehrsvorschriften, Ausbildung von Privat- und Berufskraftfahrern, physische und geistige Fahreignung, Bekämpfung des Drogen-, Alkohol- und Medikamentenmissbrauchs am Steuer sowie Einsatz von Sicherheitsvorrichtungen
 - Fahrzeugtechnologie, insbesondere Aufprallresistenz, technische Überwachung, aktive und passive Fahrzeugsicherheit
 - Straßeninfrastruktur, insbesondere Verkehrssicherheitsaudits, Bewertung von Straßen und Tunneln nach Sicherheitskriterien, Harmonisierung der Beschilderung
 - Straßenverkehrstechnologie, insbesondere Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr sowie intelligente Technologien für die Straßenverkehrssicherheit
 - Informationen und Datenbanken, insbesondere Verbesserung der Erfassung, Analyse und Verbreitung von Daten zu Straßenverkehrsunfällen (Bedingungen, Ursachen, Auswirkungen, Nichterfassung, unabhängige Untersuchungen, fachübergreifender Ansatz, Risikovariablen)
 - Bewertung der einzelstaatlichen Politiken im Bereich der Straßenverkehrssicherheit
- 2) Stärkung der Sicherheit des Seeverkehrs in der Europäischen Union, in den Beitrittsländern und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Studien, Kampagnen, Ermittlung vorbildlicher Praktiken und Demonstrationsprojekte in folgenden Bereichen:
 - Sicherheit des Seeverkehrs durch eine hochwertige Ausbildung sowohl der Besatzungen als auch der Seefahrtverwaltungen
 - Maßnahmen zur Sensibilisierung und Information sowohl der Öffentlichkeit als auch der Seeverkehrsbetreiber über Initiativen der Gemeinschaft im Bereich der Sicherheit des Seeverkehrs
 - Maßnahmen zur Stärkung aller Aspekte der Sicherheit des Seeverkehrs und der Verhütung einer Meeresverschmutzung in europäischen Seegebieten
- 3) Stärkung der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs, insbesondere durch Annäherung der Rechtsvorschriften, der technischen Normen und Verwaltungsverfahren für die Kontrolle sowie durch Festlegung von Kennzahlen, Methoden und gemeinsamen Zielen
- 4) Stärkung der Sicherheit des Luftverkehrs in der Europäischen Union, in den Beitrittsländern und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Studien, Kampagnen, Ermittlung vorbildlicher Praktiken und Demonstrationsprojekte in folgenden Bereichen:

- Schaffung des einheitlichen Luftraums
- Verbesserung der Sicherheitsbedingungen des Luftverkehrs, insbesondere durch Schaffung eines kohärenten Rechtsrahmens für Luftfahrzeuge, Luftfahrtunternehmen und Luftfahrtpersonal der Gemeinschaft
- Unterstützung internationaler Organisationen für die Sicherheit des Luftverkehrs bei der Einrichtung von Kontroll- und Kooperationsmechanismen mit Drittländern
- Anpassung der Kapazität der Infrastruktur und des Luftraums an die Bedürfnisse des Luftverkehrs.

Erwartete Ergebnisse:

Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ festgelegten Ziele, insbesondere Senkung der Zahl der Verkehrstoten in Europa bis 2010 um die Hälfte

Bessere Kenntnis der Probleme im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit, um darauf besser reagieren zu können

Ausarbeitung der in das Arbeitsprogramm der Kommission aufgenommenen Legislativvorschläge

Stärkung der Informations- und Präventionspolitik

Vereinheitlichung der Regeln für die Kontrolle von Verstößen

Nutzung der Kommissionsarbeiten, insbesondere operationeller Maßnahmen, Forschungsvorhaben und Legislativinitiativen

Ausweitung der Politik der Union auf die künftigen Mitgliedstaaten

Für 2004 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung europäischer Informationskampagnen zur Straßenverkehrssicherheit, insbesondere zur Charta für die Straßenverkehrssicherheit, zum designierten Fahrer, zur Gurtanlegepflicht - Entwicklung technischer Bewertungsprogramme für Fahrzeuge und Straßeninfrastruktur - Unterstützung von Maßnahmen zur Koordinierung und Harmonisierung der Methoden zur Kontrolle der Straßenverkehrssicherheit - Aktualisierung (in allen EU-Sprachen) der technischen Anhänge der Richtlinien für die Beförderung gefährlicher Güter - Entwicklung von Qualitätskennzeichnungen für Fahrzeuge und Ausstattungen im Hinblick auf ein optimales Sicherheitsniveau - Informationen zum Führerschein - Nutzung neuer Technologien, insbesondere späterer Einbau von Unfalldatenschreibern in Fahrzeuge - Schutz besonders gefährdeter Verkehrsteilnehmer und insbesondere Erhöhung der Sicherheit von Straßen und Böschungen für Motorradfahrer - Unterstützung innovativer Vorhaben von europäischem Ausmaß in allen Bereichen, die mit den oben genannten Zielen in Zusammenhang stehen
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen	Februar 2004

Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzielle Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller hat seine juristische Existenz, seine Rechtspersönlichkeit sowie seine finanzielle und betriebliche Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.) - Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten –)
Hauptzuschlagskriterien	<ol style="list-style-type: none"> 1) Übereinstimmung mit den Zielen der Gemeinschaftspolitik, insbesondere den in der Mitteilung der Kommission zur Straßenverkehrssicherheit festgelegten Zielen 2) Qualität der Maßnahme: <ul style="list-style-type: none"> - Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Verkehrspolitik leisten und diesbezüglich einen zusätzlichen Nutzen stiften kann. Initiativen von lokalem Interesse sind ausgeschlossen. - Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beitragen wird. - Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht. - Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe). - Bewertung: Die Kommission wird die vorgeschlagene Bewertungsmethode und die Indikatoren für die Qualität der Ergebnisse im Hinblick auf die angestrebten Ziele prüfen. - Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.). - Umfang der Maßnahme: Die Kommission wird vorzugsweise Vorhaben großen Ausmaßes unterstützen. 3) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich folgender Aspekte: <ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) - Zeitplan der Maßnahme - vorgeschlagene Methodik
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme
Mittelansatz	11.400.000 €

A.3. Haushaltslinie 06 02 04 01 (Binnenmarkt und Optimierung von Verkehrssystemen)

Rechtsgrundlage:

Aufgabe, die sich aus den Vorrechten der Kommission auf institutioneller Ebene ergibt wie in Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften vorgesehen.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 71, 80 und 154 bis 156.

Ziel(e):

- 1) Verwirklichung, Verwaltung und Entwicklung des Binnenmarkts im Verkehrsbereich, einschließlich seiner Ausdehnung außerhalb der Gemeinschaft, mit besonderem Schwerpunkt auf der Beseitigung von Engpässen im grenzüberschreitenden Verkehr in Gebieten, in denen natürliche Hindernisse den ungehinderten Personen- und Güterverkehr behindern
- 2) Beobachtung des Güter- und Personenverkehrsmarkts für alle Verkehrsträger, einschließlich der Verbesserung der statistischen Erfassung durch die Mitgliedstaaten
- 3) Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätspolitik in den Bereichen Land-, See- und Luftverkehr, insbesondere:
 - Unterstützung von Pilotmaßnahmen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit, insbesondere durch den Einsatz neuer Technologien mit dem Ziel einer Standardisierung der Verfahren
 - Unterstützung der Modernisierung des See- und Binnenschiffsverkehrs auf Kurzstrecken
 - Verbesserung der Interoperabilität der Verkehrssysteme
 - Förderung und Verbesserung der Qualität des Schienenverkehrs, insbesondere im Güterverkehr
 - Normungsaufträge an die europäischen Normungsorgane oder andere Organisationen in allen Verkehrssektoren sowie Ausarbeitung technischer Spezifikationen für die Interoperabilität im Eisenbahnverkehr
 - Umsetzung der Open-Sky-Abkommen

Erwartete Ergebnisse:

- Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ festgelegten Ziele
- Schrittweise Verschiebung der Verkehrsträgeranteile hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern
- Stärkung des Dialogs mit der Industrie zur Förderung der nachhaltigen Mobilität, insbesondere durch bessere Beherrschung der Umweltauswirkungen und eine Verschiebung der Verkehrsträgeranteile
- Ausbau der Interoperabilität der Verkehrsträger
- Ausbau des Schienengüterverkehrs
- Ausbau des See- und Binnenschiffsverkehrs auf Kurzstrecken
- Abschluss internationaler Luftverkehrsabkommen, die die Interessen der europäischen Luftfahrtunternehmen wahren
- Ausweitung der Politik der Union auf die künftigen Mitgliedstaaten

Für 2004 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung von Pilotmaßnahmen zur Normung, insbesondere für die Entwicklung fortgeschrittener Systeme wie des digitalen Fahrtenschreibers- Entwicklung des Kurzstreckenseeverkehrs in Europa, insbesondere durch Unterstützung von Förderzentren oder Kommunikationsmaßnahmen- Schaffung eines Ansatzes für die Qualitätsverbesserung beim Einsatz von Waggons privater Gesellschaften- Studie zur Verringerung der Diesellok-Emissionen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energiequellen- Harmonisierung und Koordinierung der Binnenschiffskontrollen durch Kooperation der einzelstaatlichen Schifffahrtspolizeien
-------------------------------------	---

	<ul style="list-style-type: none"> - Beobachtung des Binnenschifffahrtsmarkts - Unterstützung innovativer Vorhaben von europäischem Ausmaß in allen Bereichen, die mit den oben genannten Zielen in Zusammenhang stehen
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen	Februar 2004
Hauptauswahlkriterien	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzielle Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller hat seine juristische Existenz, seine Rechtspersönlichkeit sowie seine finanzielle und betriebliche Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.) - Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.)
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Verkehrspolitik leisten und diesbezüglich einen zusätzlichen Nutzen stiften kann. - Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beitragen wird. - Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht. - Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe). - Bewertung: Die Kommission wird die vorgeschlagene Bewertungsmethode und die Indikatoren für die Qualität der Ergebnisse im Hinblick auf die angestrebten Ziele prüfen. - Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.). <p>2) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich folgender Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) - Zeitplan der Maßnahme - vorgeschlagene Methodik
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme
Mittelansatz	4.000.000 €

B. OHNE AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN

Eine gewisse Zahl von Finanzhilfen wird Begünstigten gewährt, die ein rechtliches oder faktisches Monopol innehaben. Diese Finanzhilfen werden Gegenstand einer Ad-hoc-Entscheidung der Kommission zur Finanzhilfegewährung sein.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelten für die Maßnahmen, die auf diese Weise finanziert werden sollen, die folgenden Kriterien:

B.1. Haushaltslinie 06 01 04 04 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die von gemeinsamem Interesse sind – Verwaltungsausgaben)

Rechtsgrundlage:

- Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1655/1999
- Beschluss des Rates (in Ausarbeitung) über die Errichtung der Beobachtungsstelle für den Verkehr EU/Schweiz.

Ziel(e):

- Umsetzung von Artikel 45 des am 21. Juni 1999 unterzeichneten Abkommens zwischen der EU und der Schweiz über den Landverkehr
- Beobachtung des Straßen-, Schienen- und kombinierten Verkehrs im Alpenraum

Erwartete Ergebnisse:

- Verbesserungen bei der Überwindung des natürlichen Hindernisses Alpen.

Für 2004 vorgeschlagene Hauptthemen	- Sammlung und Auswertung statistischer Daten zum Straßen-, Schienen- und kombinierten Verkehr im Alpenraum.
Zeitpunkt des Eingangs von Anträgen	Ende April 2004
Geschätzter Mittelansatz	250.000 €

B.2. Haushaltslinie 06 02 03 01 (Verkehrssicherheit)

Rechtsgrundlage, Ziel(e) und erwartete Ergebnisse: siehe Absatz A.2.

Für 2004 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung internationaler Organisationen bei der Verbesserung der Flugsicherheit, insbesondere in Süd- und Südostasien, Mittel- und Südamerika und verschiedenen Regionen Afrikas- Verbesserung der Flugsicherheit durch Standardisierung im Bereich der Flugsicherung in Verbindung mit der Schaffung des einheitlichen Luftraums nach Annahme der Verordnung über die Interoperabilität des europäischen Netzes für das Flugverkehrsmanagement (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a)- Unterstützung des Programms zur Kontrolle der Sicherheit von Luftfahrzeugen aus Drittländern, die Flughäfen der Gemeinschaft anfliegen- Verbesserung der Flugsicherheit durch Schaffung internationaler Standards und Verpflichtungen
Zeitpunkt des Eingangs von Anträgen	Ende April 2004
Geschätzter Mittelansatz	4.500.000 €

B.3. Haushaltslinie 06 02 03 02 (Gefahrenabwehr im Verkehr)

Rechtsgrundlage:

Siehe Absatz A.2.

Ziel(e):

Stärkung der Gefahrenabwehr im Luftverkehr in der Europäischen Union und im Europäischen Wirtschaftsraum durch Ermittlung vorbildlicher Praktiken, insbesondere Unterstützung internationaler Organisationen der Gefahrenabwehr im Luftverkehr bei der Einrichtung von Verfahren zur Ausbildung, Kontrolle und Zusammenarbeit

Erwartete Ergebnisse:

- Bessere Kenntnis der Probleme im Zusammenhang mit der Gefahrenabwehr im Verkehr, um darauf besser reagieren zu können
- Ausarbeitung der in das Arbeitsprogramm der Kommission aufgenommenen Legislativvorschläge
- Stärkung der Informations-, Präventions- und Ausbildungspolitik

Für 2004 vorgeschlagene Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung internationaler Organisationen bei der Verbesserung der Gefahrenabwehr im Luftverkehr, insbesondere in Südostasien- Unterstützung von Organisationen zur Ausbildung von Prüfern und Inspektoren
Zeitpunkt des Eingangs von Anträgen	Ende April 2004
Geschätzter Mittelansatz	500.000 €

B.4. Haushaltslinie 06 02 04 01 (Binnenmarkt und Optimierung von Verkehrssystemen)

Rechtsgrundlage, Ziel(e) und erwartete Ergebnisse: siehe Absatz A.3.

Für 2004 vorgeschlagene Hauptthemen	Verbesserung des Schienenverkehrs durch Stärkung der Interoperabilität (die Finanzhilfe wird der gemäß der Richtlinie 2001/16/EG benannten Stelle gewährt)
Zeitpunkt des Eingangs von Anträgen	Ende April 2004
Geschätzter Mittelansatz	1.500.000 €

C. AUFGRUND EINES BASISRECHTSAKTS UND IM RAHMEN EINER AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN

Im Bereich Energie und Verkehr führt die Kommission vier Mehrjahresprogramme durch, die im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet wurden:

- Programm „Marco Polo“
- transeuropäische Netze
- Programm „Intelligente Energie“
- 6. Forschungsrahmenprogramm

Diese Mehrjahresprogramme werden unter Beachtung der Vorschriften des jeweiligen Basisrechtsakts, der ein Komitologieverfahren und das Mitspracherecht des Europäischen Parlaments vorsieht, durchgeführt.

Die nachfolgende Beschreibung wird als Information für jedes der vier Mehrjahresprogramme gegeben. Außer für das 6. Forschungsrahmenprogramm werden die spezifischen Finanzierungsbeschlüsse 2004 für jedes einzelne der Programme unter Abänderung des gegenwärtigen jährlichen Arbeitsprogramms angenommen.

C.1. Haushaltslinie 06 02 07 (Programm „Marco Polo“)

Rechtsgrundlage:

Verordnung (EG) Nr. 1382/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 über die Gewährung von Finanzhilfen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems („Programm Marco Polo“)

Arbeitsprogramm:

Die Ziele und die erwarteten Ergebnisse sind in der Rechtsgrundlage beschrieben.

Angesichts des Datums der Verabschiedung des Programms Marco Polo im Jahr 2003 wurde das Arbeitsprogramm für das erste Programmjahr am 10. Oktober 2003 verabschiedet (C/2003/3627) und mit einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die am 11. Oktober 2003 veröffentlicht wurde, umgesetzt

Die für 2004 vorgesehenen Maßnahmen werden in einem detaillierten jährlichen Arbeitsprogramm beschrieben, das im zweiten Quartal 2004 nach Genehmigung durch den Ausschuss mit Vertretern der Mitgliedstaaten verabschiedet wird.

Vorgesehener Zeitpunkt für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Juni 2004

Umfang der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: 20.000.000 €

C.2. Haushaltslinien 06 03 01 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die von gemeinsamem Interesse sind) und 06 03 02 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind)

Rechtsgrundlage:

- Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1655/1999
- Entscheidung C(2001) 2654 der Kommission vom 19. September 2001 über ein Mehrjahresrichtprogramm für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen auf dem Gebiet des transeuropäischen Verkehrsnetzes für den Zeitraum 2001-2006
- Entscheidung 96/391/EG des Rates vom 28. März 1996 betreffend eine Reihe von Aktionen zur Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen für den Ausbau der transeuropäischen Netze im Energiebereich
- Entscheidung Nr. 1692/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 1996 über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes
- Entscheidung Nr. 1346/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Änderung der Entscheidung Nr. 1692/96/EG hinsichtlich Seehäfen, Binnenhäfen und intermodaler Terminals sowie des Vorhabens Nr. 8 in Anhang III

- Entscheidung Nr. 1229/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG

Arbeitsprogramm:

Die Ziele und die erwarteten Ergebnisse sind in den Rechtsgrundlagen beschrieben.

Das spezifische Arbeitsprogramm für die transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze wird im Rahmen eines Komitologieverfahrens beschlossen. Bezüglich der transeuropäischen Verkehrsnetze wird im Arbeitsprogramm 2004 insbesondere der Rahmenbeschluss vom 19.9.2001 (C(2001) 2654) über das Mehrjahresrichtprogramm (MRP) für die vorrangigen Vorhaben umgesetzt. Zu diesen Vorhaben kommt die Unterstützung des ERTMS-Vorhabens, des EGNOS-Vorhabens und anderer Initiativen. Für diese Vorhaben außerhalb des Mehrjahresrichtprogramms werden nach Stellungnahme des Ausschusses mit Vertretern der Mitgliedstaaten Finanzhilfen aufgrund eines Kommissionsbeschlusses gewährt, der im Ermächtigungsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Kommissionsmitglied gefasst wird. Für die Vorhaben des Mehrjahresrichtprogramms werden Finanzhilfen aufgrund eines Beschlusses der Kommission gewährt, der im Delegationsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Generaldirektor gefasst wird.

Bezüglich der transeuropäischen Energienetze werden im Arbeitsprogramm die Vorhaben von gemeinsamem Interesse umgesetzt, die im Rahmen der von Parlament und Rat beschlossenen Leitlinien ermittelt wurden. Die Finanzhilfen werden nach Stellungnahme des Ausschusses mit Vertretern der Mitgliedstaaten aufgrund eines Kommissionsbeschlusses gewährt, der im Ermächtigungsverfahren von dem für die transeuropäischen Netze zuständigen Kommissionsmitglied gefasst wird.

Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Januar 2004

Umfang der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: 666.000.000 € TEN-Verkehr
21.500.000 € TEN-Energie

C.3. Haushaltslinien 06 04 01 (Programm „Intelligente Energie für Europa“ – 2003/2006) und 06 04 02 (Programm „Intelligente Energie für Europa“ – 2003/2006 – externer Teil)

Rechtsgrundlage:

Entscheidung Nr. 1230/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 zur Festlegung eines mehrjährigen Programms für Maßnahmen im Energiebereich: "Intelligente Energie für Europa" (2003-2006)

Arbeitsprogramm:

Die Ziele und die erwarteten Ergebnisse sind in der Rechtsgrundlage beschrieben.

Angesichts des Datums der Verabschiedung des Programms „Intelligente Energie“ im Jahr 2003 wurde das Arbeitsprogramm für das erste Programmjahr am 1. Dezember 2003 (C(2003)4436) verabschiedet und mit einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die am 24. Dezember 2003 (ABL. C 315 vom 24.12.2003, S.33) veröffentlicht wurde, umgesetzt.

Die für 2004 vorgesehenen Maßnahmen werden in einem detaillierten jährlichen Arbeitsprogramm beschrieben, das im zweiten Quartal 2004 nach Stellungnahme durch den Programm-Verwaltungsausschuss verabschiedet wird.

Vorgesehener Zeitpunkt für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Juni 2004

Umfang der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: 62.690.000 € für die Haushaltslinie 06 04 01
4.915.000 € für die Haushaltslinie 06 04 02

C.4. Haushaltslinien im Zusammenhang mit dem 6. Forschungsrahmenprogramm: 06 06 01 (Luft- und Raumfahrt), 06 06 02 (Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme – Nachhaltige Energiesysteme und nachhaltiger Land- und Seeverkehr) und 06 06 03 (Unterstützungsmaßnahmen und Planung im Vorgriff auf den künftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf)

Rechtsgrundlage:

Entscheidung Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006)

Entscheidung 2002/834/EG des Rates vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006)

Arbeitsprogramm:

Es wird daran erinnert, dass für die Bereiche „Luft- und Raumfahrt“ sowie „Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme – Nachhaltige Energiesysteme und nachhaltiger Land- und Seeverkehr“ wurde das detaillierte Arbeitsprogramm für das Jahr 2004 von der Kommission am 9. Dezember 2002 angenommen (C(2002)4789). Dieses Arbeitsprogramm wurde für die 2004 zu finanzierenden Vorhaben durch eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die am 17. Juni 2003 veröffentlicht wurde (Referenznr. FP6-2003-TREN-2, ABL. C 141 vom 17.6.2003), umgesetzt.

Gleichfalls wurde für das Programm „Unterstützungsmaßnahmen und Planung im Vorgriff auf den künftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf“ das Arbeitsprogramm für das Jahr 2004 von der Kommission am 9. Oktober 2003 angenommen (C(2003)3543). Dieses Arbeitsprogramm wurde für die 2004 zu finanzierenden Vorhaben durch eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die am 10. Oktober 2003 veröffentlicht wurde (Referenznr. FP6-2003-SSP-3, ABL. C 243 vom 10.10.2003), umgesetzt.

Die Durchführung der Vorhaben, die mit der thematischen Priorität „Raumfahrt“ in Zusammenhang stehen, wurde dem Gemeinsamen Unternehmen GALILEO übertragen, das eigene Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichen wird.

Haushaltsmittel:	53.300.000 € für die Haushaltslinie 06 06 01
	108.655.000 € für die Haushaltslinie 06 06 02 01
	52.700.000 € für die Haushaltslinie 06 06 02 02
	6.450.000 € für die Haushaltslinie 06 06 03